



Resolution des Beirats der IG Metall

Frankfurt, 14. März 2006

Solidarität mit den Streikenden im öffentlichen Dienst

Seit dem 6. Februar wird im öffentlichen Dienst gestreikt. Wir, die Mitglieder des Beirats der IG Metall, unterstützen den Streik der Kolleginnen und Kollegen und verurteilen die Verweigerung der Länder und einzelner Kommunalverbände, den Tarifvertrag TVöD anzuwenden bzw. zu übernehmen. Damit ist diese Auseinandersetzung nicht nur ein Kampf gegen längere Arbeitszeiten, weniger Weihnachts- und Urlaubsgeld, sondern ein Kampf um den Erhalt des Flächentarifvertrages.

Mit fadenscheinigen Drohungen versuchen die beteiligten Kommunen, Gemeinden und Länder die Kolleginnen und Kollegen von ihrem Streikrecht abzuhalten. Sie drohen bei Fortführung der Streikmaßnahmen mit Privatisierung. Bereits heute sind in vielen Regionen Müllabfuhr und Busbetriebe privat organisiert.

Die von den öffentlichen Arbeitgebern geforderte Arbeitszeitverlängerung beschreitet einen Irrweg: 18-Minuten länger pro Tag, das heißt: 1,5 Stunden mehr pro Woche und 2 Jahre mehr Lebensarbeitszeit. Gefährdet wird die Zukunft und Existenz tausender Menschen. Sie bedeuten Arbeitsplatzverlust von bis zu 250.000 Beschäftigten sowie schlechtere öffentliche Dienstleistungen und geringere Chancen für Auszubildende. Bei diesem Konzept werden die Nachfrage geschwächt und die Steuer- sowie Sozialversicherungseinnahmen noch geringer. Damit können nicht mehr Leistungen angeboten, nicht mehr Menschen in Beschäftigung gebracht werden, sondern wird Arbeitslosigkeit und soziale Verschlechterung für Alle die Konsequenz sein.

Gegen den Angriff auf Flächentarifverträge, Arbeitnehmerrechte und Arbeitszeitstandards gilt es gemeinsam in unseren Tarifausschüssen anzugehen. Der Beirat der IG Metall unterstützt deshalb den Kampf der Beschäftigten, die die Arbeitszeit und Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst verteidigen.